



Niederschrift der Bürgerversammlung am 09.11.2023

Beginn: 19:01 Uhr
Ende: 20:31 Uhr

Der erste Bürgermeister Johannes Zistl eröffnete die Bürgerversammlung und begrüßte die anwesenden Bürgerinnen und Bürger sowohl vor Ort als auch online im Livestream.

Er wies darauf hin, dass die Bürgerversammlung anschließend auch auf YouTube aufrufbar sein und bleiben wird.

Als nächstes folgte eine kurze Danksagung an alle Mitwirkende.

Herr Zistl erklärte, dass während der Bürgerversammlung Film- und Tonaufnahmen stattfinden werden. Falls eine Bürgerin oder Bürger bei seinem Antrag oder seiner Frage nicht aufgezeichnet werden möchte, so solle er dies vorab sagen. Der erste Bürgermeister werde das entsprechende Anliegen vor Beantwortung am Mikrofon wiederholen, damit alle Bürger vor Ort und im Livestream die Fragen und Antworten vollständig verfolgen können.

Anschließend stellte er die Präsentation für die Bürgerversammlung 2023 vor. Die PowerPoint beinhaltete alle Themen, welche die Gemeinde im Jahr 2023 betroffen haben. Dazu zählte der Haushalt, ausgewählte Investitionsvorhaben, die Veränderungen, die zukünftigen Pläne der Gemeindeverwaltung sowie aktuelle Statistiken und Neuerungen.

Nach der Präsentation eröffnete der Bürgermeister die Fragerunde, in welcher die Bürger Ihre Anliegen äußern konnten.

Begonnen wurde mit dem Antrag von Herrn Manfred Bohlmann, welcher vorab per E-Mail eingereicht wurde.

Sein Antrag beinhaltete den Themenbereich des Westerhamer Bahnhofs.

Der vollumfängliche Antrag ist aus der PowerPoint zu entnehmen.

Kurz zusammengefasst betraf der Antrag die Schließung des LHG Marktes und die Möglichkeit in diesem Zusammenhang eine Umgestaltung des Bahnhofes in Westerham zu realisieren.

Laut Antragsteller wäre dies eine einmalige Chance, die Entwicklung des Westerhamer Ortsbildes und grundlegende Verbesserungen mitzugestalten.

Dabei sollten auch Aspekte, wie eine gelungene Anbindung an den Bus- und Schienenersatzverkehr berücksichtigt werden.

In die Planung sollen auch die Bürger, der OVDE, der Ortsrat und die Agenda 21 mit einbezogen werden, um gemeinsam eine langfristige und zielorientierte Lösung zu finden.

Herr Zistl erklärte, dass die Gemeinde sich bereits vor Bekanntgabe der Schließung mit dem Eigentümer in Verbindung gesetzt hatte und mit diesem weiterhin in Kontakt stehe.

Die Pläne des Eigentümers und die Pläne der Gemeinde sollen in Zusammenarbeit besprochen werden.

Durch bauliche Veränderungen am Westerhamer Bahnhof (Errichtung von Unterführungen und Überquerungen durch die Deutsche Bahn) könnte sich in der Zukunft außerdem auch der Fahrplan für den Haltepunkt in Feldolling ändern. Dieser wird momentan, unter anderem aufgrund des nicht optimalen Begegnungsverkehrs in Westerham, nur einmal stündlich angefahren.

Der erste Bürgermeister erwähnte, dass die Gemeinde diese einmalige Chance nutzen werde und bereits mit der Bahn im Austausch sei.

Über den Antrag musste nicht abgestimmt werden.

Der nächste Bürger erklärte am Mikrophon seine Anliegen. Erst einmal sprach er großes Lob für die Verwaltung insgesamt aus, die sehr Bürgerfreundlich agiere.

Beim neuen Wertstoffhof sollen besondere Abfälle wie Baustoffe (Mörtel, Bausteine und etc.) mitberücksichtigt werden.

Es gehe den Bürgern dabei nicht um große Mengen, sondern lediglich darum, kleine Mengen Bauschutt ordnungsgemäß entsorgen zu können.

Der Bürgermeister stellte dar, dass über dieses Thema bereits mit den Landkreis Rosenheim gesprochen wurde. Allerdings könne er aktuell diese Frage nicht beantworten, man werde sich aber im Rahmen des Neubaus damit beschäftigen.

Ein weiteres Anliegen des Bürgers betraf den Kinderspielplatz am Lindenweg.

Da dieser recht stark frequentiert werde, solle dieser modernisiert werden.

Dabei solle sich die Gemeindeverwaltung Gedanken machen, ob es nicht eine bessere Alternative als Sand gäbe, welche unter den Spielgeräten zum Schutz der Kinder verteilt werden könnte und ob neue Geräte zur Verfügung gestellt werden könnten.

Als letztes lobte er noch, dass die diesjährige Bürgerversammlung sehr informativ gewesen sei.

Herr Zistl bedankte sich, die Anregung zum Spielplatz werde gerne mitgenommen. Die Kinderspielplätze werden regelmäßig gewartet und kontrolliert. Die Gemeinde werde sich den Kinderspielplatz ansehen.

Ein weiterer Bürger erkundigte sich, ob die Gemeinde schon abschätzen könne, bis wann es eine Anschlussmöglichkeit am Nah- oder Fernwärmenetz in Feldkirchen geben wird.

Der erste Bürgermeister ging in diesem Bezug auch auf die Abwärmenutzung in Westerham ein.

Im Sommer dieses Jahrs wurde bereits veröffentlicht, dass dies noch dauern werde.

Er gehe davon aus, dass die Bürger noch etwa drei Jahre warten müssten, bis die Häuser an das Warmwasser angeschlossen werden können.

Grund dafür sei unter anderem der Planungszeitraum von ca. eineinhalb Jahren bis ausgeschrieben werden kann und ein Betreiber gefunden werde.

Er wies aber auf das bestehende Nahwärmenetz (Weber-Klier) beim Pfarrkindergarten in Feldkirchen hin. Dieses läuft und kann für Bürger in der Nähe sofort erweitert werden.

Alle anderen Bürger, die eine Heizung besitzen welche nicht mehr funktionstüchtig sei, sollten nicht auf den Ausbau des Nah- und Fernwärmenetzes warten.

Die darauffolgende Frage eines anwesenden Bürgers bezog sich auf das Gewerbegebiet bzw. auf den Ausbau an der Aiblinger Straße.

Der Bürger erläuterte, dass sich bei der Ausweisung des Gewerbegebietes in Westerham keine Gedanken bezüglich der Realisierung der Bahntrasse gemacht wurden.

Es sei sinnvoller eine neue Straße an der Bahn entlang zu errichten, anstatt die bestehende zu ertüchtigen und zu erweitern. Der Bürger forderte eine Information, weshalb dieses nicht gemacht werde. Auch schlug er vor, wenn es keine andere Möglichkeit geben sollte, gewisse Grundstückseigentümer zu enteignen.

Der Bürgermeister antwortete, dass die Sanierung der Aiblinger Straße den Ausbau außerhalb der geschlossenen Ortschaft betreffe, so dass eine spätere Realisierung von dem Vorhaben noch möglich wäre. Dies solle selbstverständlich in Absprache mit den Eigentümern und nicht über „Enteignung“ geschehen.

Das Vorhaben solle allerdings den ISEK Projekt nicht vorweggenommen werden, da sich auch hier über die Aiblinger Straße einschließlich der sogenannten „Bahnparallele“ Gedanken gemacht werde.

Der Antrag sollte daher vorab in diesem Kreis besprochen werden.

Als nächstes wollte sich eine Bürgerin darüber informieren, wann das Wohnhaus an der Kita Mareisring realisiert wird.

Herr Zistl erklärte, dass der Neubau des Wohnhauses im Bebauungsplan vorgesehen ist, es aktuell aber nicht geplant sei, diesen umzusetzen.

Anschließend meldete sich der nächste Bürger zu Wort und begann sein Anliegen damit, in dem er aufzählte, welche Pläne Herr Zistl hatte, als er noch Bürgermeisterkandidat war.

Die meisten dieser Ziele, seien auch schon sehr gut umgesetzt worden.

Weiter erklärte er, dass wenn es den Bürgermeister jetzt noch gelingen würde, die anderen Ziele, wie die Planungsgeschwindigkeit und die Digitalisierung vorwärts zu bringen, dies hervorragend sei.

Danach kam er zu seiner Frage:

In der Präsentation hatte der erste Bürgermeister darauf hingewiesen, dass die Planung der Schule wieder auf Startposition sei.

Der Bürger habe einen Gemeinderatsbeschluss so verstanden, dass der Neubau der Schule mit der Umgehungsstraße Süd in Verbindung stehe.

Darum wollte er wissen, was dies nun für die Umgehungsstraße Süd bedeute, wenn die Schule vorerst aus der Planung gestrichen werde.

Der Bürgermeister bedankte sich für die Frage.

Zur Wiederholung erklärte er, dass dieses Jahr im Frühjahr der Gemeinderat einstimmig beschlossen hatte, die Umgehungsstraße in der vorliegenden Variante nicht zu bauen und diese auch aus dem Flächennutzungsplan zu streichen sei.

Der erste Bürgermeister sah dies allerdings nicht im direkten Zusammenhang mit dem Schul-Neubau.

Fest integriert sei das Thema Verkehr insgesamt auch als Maßnahme im ISEK. Für die Umsetzung dieses ISEK-Konzepts wird an mehreren Stellen vermutlich eine Flächennutzungsänderung erforderlich sein, dabei könne man die Streichung der Trasse einer Umgehung dann gleich mitmachen.

Als nächstes kam eine Bitte des Ortsrates von Höhenrain.

Nach ca. 6 Jahren habe Höhenrain endlich einen Mobilfunkstation bekommen.

Hierfür fand man durch einige Informationsveranstaltungen einen guten Standort in Großhöhenrain. Aus rechtlichen Gründen konnte dieser aber nicht angefahren werden. Somit wurde ein neuer Standort festgelegt.

Die Gemeinde und die Bürger haben vorab die Baufirma gebeten, dass diese kommunizieren solle, wann die Arbeiten dort beginnen werden.

Vor ca. drei Wochen sei das Fundament dazu abgesteckt worden, ohne Wissen der Anwohner und leider nach dem alten Plan.

Die Sachlage habe sich mittlerweile beruhigt und auch das Verhältnis zwischen der Baufirma und den Nachbarn sei gut. Die Bürger hätten jedoch erwartet, dass die Gemeinde als Grundstückseigentümer sich die Lage Vorort ansieht, damit hätte die aktuelle Sachlage vermieden werden können.

Dennoch möchte sich der Bürger ausdrücklich bei Frau Fuchs bedanken, welche gut zwischen den Parteien vermittelt habe.

Der Bürgermeister wiederholte die Frage:

Nach jahrelanger Suche nach an einen geeigneten Standort für den Mobilfunksender in Höhenrain wurde endlich ein Standort festgelegt, dieser war allerdings aufgrund der Zuwegung rechtlich nicht ganz einfach und so wurde dank Mithilfe der Bevölkerung ein zweiter geeigneter Standort gefunden und dieser bereits mit Grunddienstbarkeiten für den späteren Betrieb vorbereitet.

Nun habe die Baufirma unerwartet auf dem ersten Standort, der bereits 2019 genehmigt wurde das Bauen angefangen.

Auch für die Gemeindeverwaltung sei dies überraschend gewesen, diese habe erst durch Informationen der Bürger erfahren, dass der Mobilfunksender am ursprünglich geplanten Standort gebaut wird.

Frau Fuchs hatte die Informationen sofort aufgefangen, es gab allerdings Probleme mit der Kommunikation zwischen der Gemeinde und der Baufirma.

Pläne und Anweisungen seien mittlerweile durch GPS-Daten Zentimeter genau und somit eindeutig. Die GPS-Daten seien oft auch Bestandteil der Aufträge, die an die Firmen übermittelt werden. Das Problem sei, dass diejenige Person, welche den Auftrag anschließend handwerklich ausführt, manchmal ein anderes Verständnis für den in Auftrag gegebenen Plan hatte.

Die Kommunikation mit den Mobilfunkanbietern sei zudem nicht immer einfach.

Die Gemeinde wird der Sache weiter nachgehen und war auch schon mehrfach vor Ort, wobei die Baufirma leider nicht angetroffen werden konnte.

Herr Zistl bedankte sich für das Engagement des Ortsrates von Höhenrain.

Beim letzten Antrag, wollte sich ein Bürger darüber informieren, warum es keine Wertstofftonnen für Blech und Plastik mehr gebe.

Früher gab es in der Gemeinde Wertstofftonnen für die Entsorgung von Blech und Plastik. Da diese entfernt wurden, müssen Gemeindeglieder jetzt diese Wertstoffe am Wertstoffhof entsorgen.

Er wollte daher wissen, warum diese entfernt wurden und ob es die Möglichkeit gebe, wieder solche Wertstofftonnen aufzustellen.

Herr Zistl erklärte, dass für die Entscheidung für die Arten der Entsorgung der Landkreis zuständig sei. Der Landkreis hatte sich dazu entschieden, dieses getrennte Sammelsystem abzuschaffen.

Die Trennung in diesen Sammelbehältern habe in der Vergangenheit sehr schlecht funktioniert. Aus finanzieller Sicht sei diese Art der Trennung außerdem nicht mehr rentabel.

Seitdem der Einwurf unter Aufsicht am Wertstoffhof durchgeführt werde, sei der Fehleinwurf deutlich zurückgegangen.

Vorteil für die Bürger sei dabei, dass die Sortieranlage die das später zentral sortiert, so eine herausragende Technik besitze, dass Wertstoffe nicht mehr so genau getrennt werden müssen, als das früher der Fall war. Dies führe dazu, dass insgesamt die wiederverwendbare Wertstoffmenge steigt, die Restmüll-Mengen dagegen zurückgehen.

Als Bürgermeister habe er wenig Einfluss darauf diese Entscheidung wieder rückgängig zu machen. Ein anwesendes Kreistagsmitglied bestätigte, bis 2025 werde an diesem Konzept festgehalten.

Der erste Bürgermeister bedankte sich bei allen anwesenden Bürgerinnen und Bürgern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und beendete mit diesen Worten die Bürgerversammlung.

Für weitere Fragen konnten Bürger auch im Anschluss der Bürgerversammlung gerne auf Herrn Zistl zukommen.

Johannes Zistl
Erster Bürgermeister

Marina Kellerer
Schriftführerin